

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adamez

---

27. November 1950

Blatt 1992

## Verkehrsunfall in der Brünner Straße

=====

27. November (Rath.Korr.) Sonntag um etwa 23 Uhr ist in der Brünner Straße bei der Thomagasse ein Radfahrer, der 58jährige Johann Pichler 21., Brünner Straße 73 wohnhaft, an einen Triebwagen der Linie 331 angestoßen. Er erlitt einen Schädelgrundbruch mit Gehirnaustritt. Vom Arzt des Rettungsdienstes konnte nur mehr der bereits eingetretene Tod festgestellt werden. Durch den Unfall wurde eine kürzere Verkehrsstörung verursacht.

## 150. Geburtstag von Franz Unger

=====

27. November (Rath.Korr.) Auf den 30. November fällt der 150. Geburtstag des Botanikers und Naturforschers Franz Unger. Bei Leutschach in der Südsteiermark geboren, begann er nach dem Besuche des Gymnasiums in Graz und des Stiftskonvikts in Admont das Studium der Rechtswissenschaft, ging aber zur Medizin über. Von Prag, wo er Physiologie und Chemie studierte, unternahm er eine Reise durch Deutschland. In Stockerau übte er die medizinische Praxis aus und wurde hierauf Landgerichtsarzt in Kitzbühel. 1835 zum Professor der Botanik und Zoologie sowie zum Direktor des botanischen Gartens am Joaneum in Graz ernannt, entfaltete er eine fruchtbare wissenschaftliche Tätigkeit. Die Paläontologie verdankt ihm eine neue Präpariermethode. Unger, der zu den ersten

wirklichen Mitgliedern der neugegründeten österreichischen Akademie der Wissenschaften gehörte, übernahm als Nachfolger Endlichers die Lehrkanzel für Anatomie und Physiologie der Pflanzen an der Wiener Universität. In der Folge wurde er zum Ehrendoktor der Prager Universität, zum korrespondierenden Mitglied der Münchner und Berliner Akademie ernannt und erhielt ehrenvolle Berufungen ins Ausland, die er aber ablehnte. Von seinen Reisen brachte er wertvolle Forschungsergebnisse mit, die er in zahlreichen Schriften verarbeitete und durch die er u.a. zum Begründer der Phytopaläontologie wurde. 1866 legte er sein Lehramt nieder und kehrte nach Graz zurück. Die Angriffe gegen den Vorwurf des Neuheidentums und gegen seine fortschrittliche Auffassung, die im Gegensatz zur deskriptiven Arbeitsweise seiner Zeit stand, wies er in seiner Schlußrede zurück, in der er der Wissenschaft die Sphäre der Erkenntnis, der Religion die des Gefühls und der Ethik zuwies. Er starb am 13. Februar 1870 in Graz und wurde auf dem St.Petersfriedhof begraben.

Berner Turner beim Bürgermeister  
=====

27. November (Rath.Korr.) Die Berner Auswahlmannschaft der Turner, die gestern in den Sophiensälen zum Städtekampf gegen die besten Wiener Turner angetreten ist, hat heute vormittag vor ihrer Rückfahrt in die Schweiz das Rathaus besucht. Die Sportler wurden von Bürgermeister Dr.h.c. Körner, Vizebürgermeister Honay und Stadtrat Mandl empfangen. Der Bürgermeister begrüßte die Berner Turner und beglückwünschte sie zu ihren sportlichen Erfolgen. Erbenützte diese Gelegenheit, um den Schweizern für die großzügige Hilfe in der Nachkriegszeit zu danken.

Im Namen der Berner Turner überreichte der Reiseleiter Rudolf Balsiger dem Bürgermeister eine Berner Zwiebeltraube, das Abzeichen des großen Volksfestes, das heute auf dem Zwiebelmarkt vor dem Berner Parlament gefeiert wird. Mit den Wiener Turnern waren auch die beiden Verbandspräsidenten Treybal vom ASKÖ und Marousek von der UNION erschienen.

27. November 1950

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1994

Gedenktage für Dezember  
=====

27. November (Rath.Korr.)

4. Rainer Maria RILKE, Lyriker	75.Geb.Tag
5. Alexander GIRARDI, Schauspieler	100.Geb.Tag
14. Karoline v. GOMPERZ-BETTELHEIM, Hofopernsängerin	25.Tod.Tag
15. Josef HOFFMANN, Prof. Dr.h.c., Architekt	80.Geb.Tag
16. Karl Julius SCHRÖER, Germanist, Literaturhistoriker	50.Tod.Tag
25. Theodor INNITZER, Kardinal, Erzbischof von Wien	75.Geb.Tag

Ein Zwischenfall in der Wienerfeldsiedlung  
=====

27. November (Rath.Korr.) In den letzten Tagen wurden die Wiederinstandsetzungsarbeiten in der Siedlung Wienerfeld-Ost-West beendet. Das Wohnungsamt hatte bereits alle Wohnungen an Wohnungsbedürftige vergeben. Die letzten Zuweisungen sind Samstag erfolgt. In der Nacht von Samstag auf Sonntag haben mehrere Personen eine Anzahl dieser Wohnungen, die noch nicht bezogen waren, aber auch solche in denen sich sogar schon Möbelstücke der rechtmäßigen Besitzer befanden, gewaltsam aufgebrochen und trotz Intervention der Rathauswache widerrechtlich besetzt. Am Sonntag wurde beim Erscheinen der Wohnungsinhaber eine Anzahl dieser Wohnungen wieder geräumt. Gegen die anderen in die Wohnungen Eindringenden wird mit allen gesetzlichen Mitteln vorgegangen werden.

Ausstellung der Stadtplanung verlängert  
=====

27. November (Rath.Korr.) Die Ausstellung der Wiener Stadtplanung in der Sezession wird des sehr regen Besuches wegen bis einschließlich 3. Dezember verlängert. Besuchszeit täglich 10 bis 18 Uhr.

In den Diskussionen, die gelegentlich der Führungen stattfinden, werden Dienstag, den 28., Burgschauspieler Richard Eybner

27. November 1950 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 1995

und Mittwoch, den 29., Kammerschauspieler Fred Hennings, jeweils um 17 Uhr zum Thema Stadtbildpflege das Wort ergreifen.

Am 1. und 2. Dezember 17 Uhr spricht Professor Dr.K.H. Brunner über "Stadtplanung für Gegenwart und Zukunft".

Budget der Stadt Wien für 1951  
=====

27. November (Rath.Korr.) Der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen, Johann Resch, gab heute einem Vertreter der "Rathaus-Korrespondenz" eine Darstellung des Gemeindehaushaltes für 1951. Er legte vorerst die Grundsätze dar, nach denen dieses Budget erstellt wurde. Die Gemeinde rechnet für das Jahr 1951 mit <sup>neuen Steuern</sup> und keinen Steuererhöhungen, mit Ausnahme von der Hundesteuer, die seit Jahren nicht geregelt wurde und deren Ertrag nicht mehr die Reinigungskosten deckt, die durch die Hundehaltung der Stadt erwachsen. Aber auch diese Frage ist nicht aktuell, sondern befindet sich erst im Stadium der Überprüfung. Völlig unberechtigt ist der Vorwurf gegen die Gemeinde, daß sie ungerechtfertigt ihre Tarife und Gebühren erhöhe. Sämtliche Gemeindebetriebe, einschließlich der drei großen Monopolbetriebe, werden nicht auf Gewinn betrieben, sie sind seit Jahren passiv und haben keine Gewinnspanne, aus der sie neue Lasten decken könnten. Diese Art der Führung der Betriebe unterscheidet sich grundsätzlich von der, die vor 1918 in der Gemeinde geübt wurde. Damals haben allein die Gewinne der drei großen Monopolbetriebe 20 % der gesamten Gemeindeausgaben gedeckt und weitere 40 bis 50 % wurden aus Steuern auf die Mietzinse hereingebracht. Die Gemeinde versuche nur jene Leistungsgebühren zu erhöhen, deren Leistung nicht der Allgemeinheit, sondern Einzelpersonen zugute komme, wie z.B. bei den Bädern, beim Koloniatbetrieb, bei den Kanaleinmündungsgebühren, bei den Wassergebühren und bei den Amtstaxen für Kommissionen. Würden diese Gebühren nicht von den Leistungsempfängern voll eingehoben werden, so müßte mangels einer Gewinnspanne die Allgemeinheit aus Steuermitteln den Verlust tragen.

Dies kann aber bei dem heutigen Lebensstandard der Bevölkerung nicht mehr zugemutet werden. So wäre es zweifellos unberechtigt, etwa die Wassermehrgebühren für Gärten oder für Badezimmer der Allgemeinheit aufzurechnen, oder die Kosten für eine Grundparzellierung nicht dem Grundbesitzer anzurechnen, sondern aus Steuermitteln zu decken.

Man spreche schon wieder von Steuerermäßigungen für die Unternehmer dieser Stadt durch Einführung der Schillingeröffnungsbilanz und durch eine Reform der Gewerbesteuer. Beide Maßnahmen würden die Gemeinde Wien viel stärker treffen, als den Bund. Die Gemeinde erhält über die Ertragsanteile 50 Prozent der Einkommensteuer und würde daher durch die Schillingeröffnungsbilanz die Hälfte der daraus resultierenden Senkung der Einkommensteuer tragen müssen. Die Senkung des Gewerbeertrages würde sich aber auch auf die Gewerbesteuer aus dem Ertrag voll auswirken und damit neuerlich die Gemeinde treffen, weil die Gewerbesteuer eine reine Gemeindesteuer ist. Stadtrat Resch hält den Zeitpunkt für die Einführung einer Schillingeröffnungsbilanz noch nicht für gekommen. Die Werte für Anlagen und Vorräte sind zweifellos noch nicht stabilisiert und es würde daher eine weitere Anpassung an die Weltwirtschaft eine neue Eröffnungsbilanz notwendig machen. Die bisher getroffenen Maßnahmen der dreifachen AFA (Abwertung für Anlagevermögen) und die Möglichkeit, steuerfreie Investitionsrücklagen zu schaffen, reicht bei der jetzigen Konjunkturbeschäftigung der Industrie zweifellos aus, um genügend große Gewinne für die Erhaltung und Erneuerung der Anlagen zu erübrigen. Dabei kommt eine Schillingeröffnungsbilanz vorwiegend nur den Betrieben zugute, die keine Verluste an ihren Maschinen und Anlagen erlitten haben, oder die alte, billig erworbene Vorräte besitzen und nun verhindern wollen, daß die hohen Gewinne aus den alten Vorräten voll besteuert werden. Die kleinen Unternehmer, insbesondere die Gewerbetreibenden, die nicht buchführen und daher nicht bilanzieren, werden von der Schillingeröffnungsbilanz keinen Vorteil haben.

Die Gewerbesteuerreform, allerdings nur für die kleinen Gewerbetreibenden müsse wohl in Angriff genommen werden. Die Lösung könne nur so erfolgen, daß die Verluste, die durch die Ermäßigung für die kleinen Gewerbetreibenden den Gemeinden erwachsen, durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer für die großen Betriebe wieder hereingebracht wird.

Wien und die Industriegemeinden, die oft fast nur von dem Ertrag der Gewerbesteuer leben, können auf diese Einnahmen nicht verzichten. Auf dieser Basis ist die Gemeinde Wien bereit, mit den Vertretern der Gewerbetreibenden zu verhandeln.

Auf der Ausgabenseite hat sich die Gemeinde Wien wieder bemüht, ein möglichst großes Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzustellen, um die Vollbeschäftigung der Arbeiter dieser Stadt zu sichern, die Wohnungsnot zu beheben und die Schulen, Spitäler, Märkte, Schlachthöfe, Brücken und Straßen, Gärten, Bäder und alle sonstigen Gemeindevorrichtungen wieder voll in Ordnung zu bringen. Jeder Schilling, der der Wirtschaft zugute kommt und Arbeit schafft, komme zum Teil in den Steuern und Abgaben wieder an die Gemeinde zurück und schafft so die Grundlage für hohe Steuereinnahmen der Gemeinde und sichert damit ihre weitere Leistungsfähigkeit. Wien ist zu arm, um sich Arbeitslose leisten zu können, deren Lebensunterhalt aus der Produktion der Anderen bestritten werden muß und damit den Lebensstandard aller senkt. Jeder Schilling aber, der nicht der Wirtschaft zugute kommt und daher nicht wenigstens zum Teil wieder in die Gemeindekassen zurückrollt, ist vom Standpunkt der Finanzen der Gemeinde aus unproduktiv. Daher bemüht sich die Gemeinde, einen möglichst grossen Teil ihrer Einnahmen für die Schaffung von Arbeit auszugeben und ihre sozialen Leistungen zu steigern.

Die Gemeinde rechnet im Jahre 1951 mit Einnahmen im ordentlichen Haushalt von 1.836 Millionen Schilling und mit Einnahmen im außerordentlichen Haushalt von 51 Millionen Schilling, zusammen also mit 1.887 Millionen Schilling. Das sind um 254 Millionen Schilling mehr als im Voranschlag 1950 vorgesehen waren. Die Einnahmen kommen zu einem Drittel und zwar zu 602 Millionen Schilling aus eigenen Abgaben, zu einem weiteren Drittel und zwar 617 Millionen Schilling aus den Ertragsanteilen der gemeinschaftlichen Bundessteuern und das restliche Drittel 617 Millionen Schilling komme aus den Gebühren, Tarifen und sonstigen Erträgen.

Die Entwicklung der Gemeindeabgaben bleibt hinter der der Bundessteuern wesentlich zurück. Vergleicht man .....

die Einnahmen aus den Jahren 1949 mit den Voranschlagsziffern von 1951, so ergibt sich, daß die Gemeindeabgaben von 513 Millionen Schilling auf 556 Millionen Schilling, also nur um 8.4 Prozent ansteigen, wogegen sich die Ertragsanteile der Gemeinde an den gemeinschaftlichen Bundessteuern von 499 Millionen auf 615 Millionen, also um 23 Prozent erhöhen. Die Ursache scheint darin zu liegen, daß der Bund mit seinen Steuervorschreibungen, gegenüber den Vorschreibungen der Gemeindeabgaben zurück ist und daher die Auswirkung der Aufwärtsentwicklung der Steuern in den letzten Jahren beim Bund erst bevorsteht, dagegen bei den Gemeindeabgaben bereits abgeschlossen ist. Auf der Ausgabenseite sind im ordentlichen Haushalt Ausgaben von 1875 Millionen Schilling und im außerordentlichen Haushalt 144 Millionen Schilling vorgesehen, so daß die Gesamtausgaben 2.019 Millionen Schilling, also um 299,8 Millionen Schilling mehr als im Jahre 1950 ausmachen. Der Abgang im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt der Gemeinde steigt damit von 86 Millionen im Jahre 1950 auf 131 Millionen im Jahre 1951.

Der Personalaufwand wird im kommenden Jahre 630,6 Millionen gegen 503 Millionen im Jahre 1950 betragen, also um rund 25 Prozent ansteigen. Die Ursache liegt in dem Nachziehverfahren und im vierten Lohnabkommen des heurigen Jahres. Der Personalaufwand beträgt 33,6 Prozent des ordentlichen Aufwandes.

Für kulturelle Zwecke sind 13 Millionen Schilling im Budget vorgesehen, das sind um 2,2 Millionen mehr als im Budget 1950. Erstmals sind Beträge für die Förderung des Fremdenverkehrs und für die Wiener Musikausstellung in das Budget eingestellt worden. Die von der Gemeinde Wien betriebenen Musiklehranstalten, die Modeschule, die Büchereien, die Landesbildstelle und die Förderung des Körpersports, werden einen Nettozuschuß von 8 Millionen Schilling erfordern. Für das Wiener Symphonieorchester und für die Wiener Privattheater hat die Gemeinde im abgelaufenen Jahr fast 3 Millionen Schilling Subventionen gegeben. Stadtrat Resch sprach die Erwartung aus, daß diese Institutionen in Zukunft mehr als bisher ihre Kunst auch den großen Massen der Bevölkerung zur Verfügung stellen, weil Subventionen, die aus den Mitteln der Allgemeinheit aufgebracht werden, nur gerechtfertigt werden können,

wenn die dadurch ermöglichten künstlerischen Leistungen nicht nur den oberen Zehntausend, sondern auch der Gesamtbevölkerung zu Gute kommen. Die Theater werden auf die Dauer nur leben können, wenn sie die Arbeiter und Angestellten als Besucher erringen, denn die Schichten, die früher die Theater fast allein bevölkert haben, sind so zusammengeschmolzen, daß sie nicht mehr allein Träger der Wirtschaft der Theater sein können.

Für das Wohlfahrtswesen sind 254 Millionen Schilling ausgeworfen, um 54 Millionen Schilling mehr, als 1950. Für den Bau neuer Kindergärten und für ihre Einrichtung werden allein 10 Millionen Schilling aufgewendet. Neun bereits im Bau befindliche Kindergärten werden fertiggestellt, drei neue Bauten für Kindergärten begonnen und die Kriegsschäden an weiteren drei Kindergärten behoben werden. Die Gemeinde wird also um 15 Kindergärten mehr betreiben als bisher und damit mehr als 2.000 neue Kinder aufnehmen können. Für Stipendien an Lehrlinge und Studenten sind 1 Million Schilling vorgesehen und mit 1.6 Millionen Schilling soll das Jugendgästehaus in Pötzleinsdorf, dessen erster Teil bereits heuer in Betrieb genommen wurde, nunmehr vollständig ausgebaut werden. Damit wird Wien ein neues Werk geschaffen haben, das der Jugend aller Länder zur Verfügung steht und ihr gegen ein geringes Entgelt Quartier und Verpflegung bietet.

Im Gesundheitswesen ist der Aufwand für die Spitäler, Altersheime und sonstigen Anstalten der Stadt Wien neuerlich angestiegen. Der Gebarungsabgang der Spitäler und sonstigen Anstalten ist mit 201 Millionen Schilling vorgesehen, das sind um 56,8 Millionen Schilling oder um 40 Prozent mehr, als im Jahre 1950. Mit der vorgenommenen Erhöhung der Verpflegungsgebühren konnte nicht einmal der erhöhte Personalaufwand gedeckt werden. Jedes Bett in einem Wiener Spital wird je Tag einen Zuschuß von 23 Schilling aus Stauermitteln erfordern. Stadtrat Resch betonte, daß die Gemeinde außerstande sei, auf die Dauer allein den Gebarungsabgang ihrer Spitäler zu tragen und vom Bund fordern muß, entweder wie vor 1938 drei Achtel des Gebarungsabganges zu übernehmen oder die Fonds-krankenanstalten, die vor 1938 vom Bund betrieben wurden, wieder zurückzunehmen.



Rund 15 Millionen Schilling werden für bauliche Herstellungen und für die Behebung von Kriegsschäden aufgewendet werden. Für den Bau eines neuen Schwesternheimes im Wilhelminenspital sind als erste Baurate 2,5 Millionen Schilling und für den Wiederaufbau des Pavillons G im Franz Josef-Spital als erste Baurate 1 1/2 Millionen Schilling vorgesehen. Mit dem Betrage von 7 Millionen Schilling werden die Spitalswäsche und die Spitalskleider wieder auf den vollen Friedensstand gebracht werden.

Der gesamte Bauaufwand der Gemeinde, einschließlich des Erhaltungsaufwandes und der Kriegsschäden, wird 718,8 Millionen Schilling, das sind 35,5 Prozent aller ordentlichen Ausgaben ausmachen. Der Betrag ist um 146,8 Millionen Schilling höher als der gleiche Aufwand im Budget 1950. Für den Wohnungsneubau sind 330 Millionen Schilling eingesetzt, um 33 Millionen Schilling mehr als 1950. Damit hofft die Gemeinde 5000 neue Wohnungen zu bauen und damit die Wohnungsnot entscheidend zu lindern. Auch für die junge Generation soll der Bau von Kleinwohnungen fortgesetzt werden.

Für die Behebung von Kriegsschäden an städtischen Wohnhäusern sind 64 Millionen Schilling eingesetzt, wovon 15 Millionen Schilling aus Gemeindemitteln und 49 Millionen Schilling aus den Mitteln des Wiederaufbaufonds aufgebracht werden sollen.

Für die Behebung von Bauschäden an Privathäusern, die trotz behördlichem Auftrag nicht ausgeführt werden, sind 24 Millionen Schilling in das Budget eingestellt. Damit wird die Gemeinde viele Bewohner von einsturzfährdeten Häusern endlich von ihrer Angst vor dem Zusammenbruch ihrer Wohnstätten befreien können.

Für Bauarbeiten in den Bädern der Stadt sind 12 Millionen Schilling vorgesehen. Das Gänsehäufel wird als letzte Baurate noch 4,2 Millionen Schilling erfordern, das Volksbad in Liesing 1,3 Millionen Schilling, die völlige Wiederherstellung des Amalienbades wird 2 Millionen Schilling kosten und für den Wiederaufbau des Theresienbades sind als erste Baurate gleichfalls 2 Millionen Schilling vorgesehen. Für die Fertigstellung des Stadions und des Stadionbades müssen noch 1,6 Millionen Schilling aufgewendet werden.

Um auch die arbeitslosen Hilfsarbeiter beschäftigen zu können, hat die Gemeinde ein großes Straßenbau- und Renovierungs-

programm aufgestellt, für das nicht weniger als 50 Millionen Schilling im Budget eingestellt sind. An großen Straßenbauten sind vorgesehen: die Fortsetzung der Modernisierung des Gürtels von der Felberstraße über die Mariahilfer Straße hinauf bis zur Palmgasse und von der Thaliastraße bis zur Alser Straße. Damit wird der stark befahrene Teil des Gürtels mit Ende des nächsten Jahres eine moderne Straßendecke haben. Auch der Umbau der Mariahilfer Straße soll fortgesetzt werden und zwar wird der Teil von der Capistrangasse bis zur Kaiserstraße eine moderne Hartgüßasphaltdecke erhalten, die einen geräuschlosen Verkehr sichert. Die Straßenbahn wird auch in diesem Teil der Mariahilfer Straße ihre Geleise in die Straßennitte verlegen. Die ~~Simmeringer~~ Hauptstraße wird bis zum Zweiten Tor des Zentralfriedhofes modern ausgebaut und die Heiligenstädter Straße, ein Stiefkind der Wiener Straßen, soll in ihrem schlechtesten Teil von der Grinzinger Straße bis zum Nußdorfer Platz eine neue Straßendecke erhalten. Die Fertigstellung der Aspernbrücke erfordert den Neubau der Aspernbrückengasse und des Aspernplatzes. Die Verkehrsschwierigkeiten am Matzleinsdorfer Platz sollen durch eine Unterführung dieses Platzes im Zuge des Gürtels einer modernen Lösung zugeführt werden.

Für Brücken- und Wasserbauten sind 38,7 Millionen Schilling vorgesehen. Die Malinowski-Brücke wird eine weitere Baurate von 2,5 Millionen Schilling erfordern, die Aspernbrücke 6,8 Millionen Schilling, die Marienbrücke als erste Baurate 1 Million Schilling, der Nordbahnsteg 1,5 Millionen Schilling, die Schmelzbrücke 1,3 Millionen Schilling und die Verlegung der Stadtbahnstation Westbahnhof unter das Straßenniveau und die Eindeckung des Bahneinschnittes werden 3,5 Millionen Schilling nötig machen. Für die Regulierung der Liesing sind 8,5 Millionen Schilling, für die Regulierung der Triesting 1 Million Schilling in das Budget eingestellt.

Für Kanalbauten sind 15 Millionen Schilling vorgesehen, darunter die Fertigstellung der Kläranlage Hetzendorf-Altmanndorf mit einer Million Schilling, womit endlich das jahrzehntealte Problem der Kanalisierung dieses großen Bezirksteiles von Meidling gelöst sein wird. Für den Bau des Leopoldauer Sammelkanals sind als erste Baurate 6,8 Millionen Schilling vorgesehen. Mit der Fertigstellung dieses Projektes wird ein großes Gebiet des 21. Bezirkes baurcif gemacht werden. Die neuen städtischen Wohnbauten werden für Kanalarbeiten 4,2 Millionen Schilling brauchen.

Die Wasserwerke werden im Zuge der ersten Hochquellleitung im Steinfeld einen neuen Wasserspeicher bauen, für den als erste Baurate 8,5 Millionen Schilling in das Budget eingestellt sind. Der Wasserspeicher soll 500.000 Kubikmeter Wasser fassen und damit der größte Speicher Europas werden. Er hat den Zweck, während der wasserreichen Monate das Wasser aufzuspeichern und in der Zeit des Wassermangels wieder an die Konsumenten abzugeben. Die Wasserwerke rechnen, daß je nach der Witterung vier bis sechsmal im Jahr der Speicher gefüllt und wieder geleert werden kann, sodaß 2 bis 3 Millionen Kubikmeter Wasser neu gewonnen werden, die bisher einfach über die Wehren gelaufen sind. Nach Fertigstellung dieses Speichers werden die Wasserwerke auch im Hochsommer genügend Wasser für die Wiener Bevölkerung zur Verfügung haben und sie hoffen damit, den Bau einer dritten Wasserleitung auf lange Zeit hinaus unnötig zu machen. Für die Verlegung eines neuen Rohrstranges vom Rosenhügel nach Simmering, der Gesamtkosten von 12 Millionen Schilling erfordern wird, sind als erste Baurate 1,2 Millionen Schilling vorgesehen. Damit werden die schlechten Druckverhältnisse in Simmering endgültig beseitigt werden.

Für den Ausbau der öffentlichen Beleuchtung stehen 13 Millionen Schilling im Budget, davon allein 6 Millionen für den Neu- und Umbau der elektrischen Beleuchtungsanlagen. Weitere Gasinseln werden durch elektrische Beleuchtung ersetzt und die Halbnachtbeleuchtung wird weiter ausgebaut werden.

Für die völlige Wiederherstellung unserer Parks und Gärten sind 4 Millionen Schilling im Budget und die Gemeinde hofft, damit sämtliche noch nicht wiederhergestellte Parks in Ordnung zu bringen.

Für die Straßenpflege und die Kehrichtabfuhr, die wieder völlig staubfrei besorgt werden wird, sind 2,3 Millionen Schilling, für den Ankauf neuer Vibro-Kehrichtsammelwagen, 2,3 Millionen, für Straßenkehrmaschinen und 4,6 Millionen Schilling für die Neubeschaffung von Kolonia-Kehrichtgefäßen vorgesehen.

Für den Ausbau und die Behebung der Kriegsschäden auf unseren Märkten und Schlachthöfen sind 20 Millionen Schilling eingesetzt. Darunter 3 Millionen Schilling für den Schweineschlachthof, 1,6 Millionen Schilling für die Kontumazanlage und 8,7 Millionen Schilling für den Zentralviehmarkt.

Die Feuerwehr wird der Gemeinde 30,8 Millionen Schilling kosten, gegen 22,8 Millionen Schilling im Budget 1950. Für 2,4 Millionen werden Fahrzeuge und Geräte angeschafft und der Ausbau der Feuerwache in Favoriten und der Zentrale Am Hof fertiggestellt werden.

Besonders gut bedacht hat der Finanzreferent die Schulen. Der gesamte Aufwand für sie ist mit 99 Millionen Schilling in das Budget eingestellt. Er ist um 40 Millionen Schilling oder um 67 Prozent höher als der Ansatz 1950 war. Die Gemeinde will versuchen, durch eine einmalige große Anstrengung die Schulgebäude der Stadt wieder so rasch als möglich in Ordnung zu bringen. Daher sind für Investitionen und Inventaranschaffungen allein diesmal 45,4 Millionen Schilling in Aussicht genommen. Damit werden drei neue Schulen gebaut werden, und zwar die Schule in der Schöfforgasse mit 5 Millionen Schilling, die Schule in Jedlesee mit 2,2 Millionen Schilling und die Schule in Stadlau mit 1,8 Millionen Schilling. Für die Wiederherstellung von neun kriegsbeschädigten Schulen werden 13 Millionen Schilling gebraucht werden und 10 Millionen Schilling sind für Möbel, Geräte, Bücher und Lehrmittel erforderlich.

Stadtrat Resch schloß mit der Aufforderung, die Wiener mögen sich ein Beispiel nehmen an den Ausländern, die nach Wien kommen. Diese bewundern die Leistungen der Stadt, nur die Wiener finden sie selbstverständlich. Sie sehen nur die kleinen Fehler, die oft unvermeidlich sind, nicht aber die große Aufgabe, die die Gemeinde Wien mit ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm erfüllt. Die Leistung der Stadtgemeinde kann sich mit der Leistung jeder anderen Stadt unseres Kontinents, aber auch mit den Leistungen messen, die die Stadtgemeinde Wien vor 1934 erbracht hat. Man brauche nur zu überlegen wie die Wirtschaft dieser Stadt aussehen würde, wenn die Gemeinde Wien nicht so große Beträge für ihre Belebung ausgeben würde. Wir sind noch nicht am Ende aller Schwierigkeiten und der Aufbau der Stadt ist noch nicht fertig. Die Gemeinde Wien wird für die weiteren Arbeiten ihren Beitrag voll leisten. Möge auch der Bund und die private Wirtschaft daran mitwirken.

Freisprechungsfeier im Rathaus  
=====

27. November (Rath.Korr.) Achtzehn Lehrlinge und zwei Lehrlingmädchen, die ihre Lehrzeit in verschiedenen städtischen Lehrlingsheimen verbracht haben, wurden heute nachmittag anlässlich ihrer Freisprechung ins Rathaus eingeladen, wo ihnen Bürgermeister Dr. h.c. Körner zu ihren Gesellenbriefen gratuliert hat. An der Feier im Stadtsenatssitzungssaal nahmen die beiden Vizebürgermeister, Honay und Weinberger, eine Anzahl von Gemeinderäten und Vertreter des Magistrates teil.

Vizebürgermeister Honay begrüßte die jungen Gesellen und beglückwünschte sie zu ihrer Freisprechung. Die Gemeinde Wien, sagte er, ist bemüht, den Lehrlingen und Lehrlingmädchen die Lehrzeit in den Lehrlingsheimen möglichst angenehm zu gestalten, und freut sich, wenn es ihr gelingt, in einer Zeit, in der die Jugend so vielen Verlockungen ausgesetzt ist, anständige und tüchtige Menschen fürs Leben zu erziehen. Der Vizebürgermeister ermahnte die Jugendlichen, sie mögen auch weiterhin, jetzt als Gesellen, ihre Bildung nicht vernachlässigen, und sich den Ernst des beginnenden Berufslebens immer vor Augen halten. Sie werden auch ihre Pflichten als Angehörige einer demokratischen Republik zu erfüllen haben, das heißt, stets für die Freiheit und den Frieden einzutreten.

Dann gab den Gesellen auch der Bürgermeister einige Ratschläge für ihr künftiges Leben. Er ermahnte die Jugendlichen, auch weiterhin tüchtig zu arbeiten und sich in ihrem Beruf zu vervollkommen. "Die Vertreter der Stadt Wien", sagte der Bürgermeister, "die Euch in ihren Heimen aufgenommen und die Verpflichtungen der Familie übernommen haben, werden sich freuen, wenn sie von Euch Gutes zu hören bekommen. Ihr dürft Euch im Leben nicht verlieren. Genießt die Jugend, aber seid Euch immer des Ernstes der Zeit bewußt. Das Handwerk, die Kunst im Handwerk, wird sich auch neben der Industrie mit Erfolg behaupten." Der Bürgermeister wünschte den Gesellen viel Erfolg für die Zukunft und übergab jedem einzelnen einen Glückwunschbrief.

Im Namen der Jugendlichen dankte der Hutmachergeselle Franz Soucek für die Betreuung, die ihnen die Stadtverwaltung in ihrer Lehrzeit zukommen ließ. Jeder Lehrling hat anlässlich seiner Freisprechung einen Anzug als Geschenk der Stadt Wien bekommen.